

newsletter 46 / 06. 05. 2003

CHEMIKALIEN - AMALGAM

taz Nr. 7040 vom 28.4.2003,: **Amalgam doch giftiger als gedacht**

Schwedische Regierungsstudie fordert ein EU-weites Verbot von Zahnfüllung aus Amalgam. Das Quecksilber in der Legierung belastete den Körper schon in halb so großen Dosen wie bisher angenommen. Viele müssten mit Nebenwirkungen rechnen
aus Stockholm REINHARD WOLFF

"Die Anwendung von Amalgam sollte in der gesamten EU verboten werden." Dies ist das Fazit einer schwedischen Studie. Im Auftrag der schwedischen Regierung hatte Marths Berlin, Professor für Umweltmedizin an der Universität Lund, die verschiedenen Zahnfüllungsmaterialien untersucht. Professor Berlin kommt darin zu dem Schluss, dass viel geringere Mengen Quecksilber im Blut bereits schädlicher sind als bislang angenommen. Amalgam besteht zur Hälfte aus Quecksilber, den Rest der Legierung bilden Silber, Zinn, Kupfer und Zink. ... <http://www.taz.de/pt/2003/04/28/a0098.nf/text>

=====
CHEMIKALIEN - BLEI

"Sichere Bleigrenzwerte" reduzieren IQ bei Kindern. Bereits geringe Mengen von Schwermetall führen zu Gesundheitsschäden

New York/Cincinnati (17. Apr 2003) - Amerikanische Wissenschaftler haben entdeckt, dass auch niedrige Bleiwerte zu gefährlichen Gesundheitsschäden bei Kindern führen kann. Auch wenn die Grenzwerte eingehalten werden, wirke sich das auf die Intelligenz der Kinder negativ aus, heißt es in der Untersuchung, die im Wissenschaftsmagazin New Scientist <http://www.newscientist.com> veröffentlicht wurde. Die WHO hat 1991 den Wert von zehn Mikrogramm Blei pro Deziliter Blut als Risikogrenze für Gesundheitsschäden angegeben, doch dieser scheint bereits gefährlich für die Entwicklung der Kinder zu sein.

"Die Studie zeigt, dass sich die negativen Wirkungen des Bleigehalts schon vor Erreichen der Höchstwerte einstellen", so Bruce Lanphear von der pädiatrischen Abteilung des Hospital Medical Center in Cincinnati, Ohio. Nach Angaben der Forscher hatten Kinder, die dem WHO-Grenzwert entsprachen, bei Untersuchungen einen IQ, der um 7,4 Punkte niedriger lag als Kinder, die nur ein Mikrogramm Blei pro Deziliter Blut aufwiesen. Kinder, die noch höhere Bleiwerte im Blut hatten, nämlich zwischen zehn und 30 Mikrogramm, schnitten um weitere 2,4 IQ-Punkte schwächer ab. Nach Angaben der WHO kommen Kinder in den USA und in den meisten Industriestaaten durch Wasserleitungen und bleihaltige Farbanstriche mit dem Schwermetall in Berührung. Nach Angaben des US Center for Disease Control (CDC) weisen zehn Prozent der amerikanischen Kinder Bleiwerte zwischen fünf und zehn Mikrogramm pro Deziliter Blut auf.

"Ich glaube nicht, dass es einen sicheren Grenzwert der Bleibelastung gibt", meint David Bellinger, Neurologe an der Harvard Medical School, der auch beim CDC tätig ist. Der Forscher bezeichnete die Studie als exzellent, da die Kinder fünf Jahre lang im Abstand von je sechs Monaten von den Forschern untersucht wurden. "Das Ergebnis der Studie war umso interessanter als bisherige Untersuchungen immer von wesentlich höheren Belastungen von Blei ausgegangen sind", so Studienleiter Charles Henderson von der Cornell University in New York. Weitere Untersuchungen müssen aber noch folgen. Dennoch meint der Wissenschaftler, dass bereits jetzt gesagt werden kann, dass es keinen sicheren Grenzwert von Blei im Blut gibt.

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=030417013>
=====

CHEMIKALIEN - DUFTSTOFFE

Gefährlicher Wohlgeruch Duftstoffe bringen Asthmatiker in Atemnot

Ohne Duftstoffe scheint nichts mehr zu gehen - ob zu Hause, am Arbeitsplatz, beim Einkaufen oder sonst wo. So manchem stinkt die permanente olfaktorische Belästigung, aber ein Entkommen ist praktisch unmöglich. Am Karolinska-Institut in Stockholm untersuchte man die Auswirkungen von 3-Caren auf Haut und Lunge von Meer-schweinchen. Dieser verbreitete Duftstoff verleiht beispielsweise Terpentin einen Hauch von Kiefer. Die Ergebnisse geben zu denken: "Verbreitet eingesetzte Duftstoffe wie 3-Caren können die Lungen-funktion beeinträchtigen", so Lena Lastbom.

"Es ist wichtig zu wissen, dass die in vielen Produkten vorhandenen duftenden Komponenten, die zu einer Kontaktsensibilisierung der Haut führen, auch eine Hyperreaktivität der Atemwege verursachen können." Sie hofft, dass diese Erkenntnisse zu einem Ende des Duftstoff-Booms in den verschiedensten Produkten des täglichen Bedarfs beitragen - und Asthmatiker aufatmen können. MMW-Fortschr.Med.14 Nr.44 /2002 (144.Jg.)

http://www.ersnet.org/4/3/4_4_3_5.asp#fragrance

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

von elektrosmognews:

ESN vom 29.04.2003: **Rechtskräftiges Urteil: Nutzungsänderung durch Mobilfunkanlagen genehmigungspflichtig**

Quelle: IG Gefahr Mobilfunk Büdingen e.V., erhalten im April 2003, Urteil von Februar 2003
Der Hessische Verwaltungsgerichtshof Kassel hat in einem rechtskräftigen Urteil gegen den Mobilfunkbetreiber Vodafone entschieden und festgestellt, dass Nutzungsänderungen durch Mobilfunkanlagen genehmigungspflichtig sind. Da die entsprechende Baugenehmigung nicht vorlag, wurde Nutzungsverbot mit Sofortvollzug wegen formeller Illegalität erlassen. Es handelte sich um eine Antennenanlage auf dem Gebäude einer Sparkasse, die zwar wegen geringer Höhe keine Baugenehmigung benötigt hätte. Wegen der mit der Antenneninstallation verbundenen Nutzungsänderung des Gebäudes war die Anlage jedoch baugenehmigungspflichtig.

Das komplette Urteil:

<http://www.elektrosmognews.de/urteile/HessVGH140203.pdf>

Neuer Fragebogen vom hese-Project, wichtig, bitte beteiligen:

<http://www.hese-project.org/New.html>

Bundesamt für Strahlenschutz fordert Strahlungsminimierung bei Handys und Mobilfunksendern:
Anne Dehos vom Bundesamt für Strahlenschutz fordert Einhaltung des Vorsorgeprinzips Hinweise auf biologische Wirkungen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte Mögliche Risiken könnten große Gruppen von Menschen betreffen

<http://www.elektrosmognews.de/news/bfsdehosgw.htm>

Anti-Handy-Banner für die eigene Homepage! (zur freien Verfügung) - herunterladen, speichern, auf die eigene Homepage stellen (gif und Shockwave-Format):

http://www.elektrosmognews.de/Banner/logo_rel_de3_3.gif ...

=====

KURZINFO

5. 5. 2003: **Pestizide erhöhen Prostatakrebsrate - Landwirte haben 14-fach höheres Risiko**

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=030505015>

Statistisches Bundesamt: Jeder Zehnte arbeitet im Gesundheitswesen

WIESBADEN. 2 740 Euro hat jeder Deutsche im Jahr 2001 für das Gesundheitswesen ausgegeben. Zusammen waren dies rund 225,9 Milliarden Euro oder 10,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Zugleich hat im ...<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12407>

1.05. 2003 Studie: **Autoabgase sind Risiko für männliche Fruchtbarkeit**

Geringere Spermienmotilität bei italienischen Mautstellen-Bediensteten

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=030430009>

Saftige Strafen bei Verstoß gegen Rauchverbot in New York Bei dreimaliger Übertretung droht Bar- und Restaurantbetreibern Lizenzentzug

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=030430038>

Zu wenig Schlaf schadet dem Lernerfolg

URL steht nicht mehr zur Verfügung.

16. 04. 2003: **Körperpflege: Duftstoffe sparen hilft Allergien vermeiden**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=4&d=16&id=96527>

17-04-2003 **Vietnam-Krieg "Agent Orange" traf Millionen von Menschen**

Im Vietnam-Krieg haben Flugzeuge offenbar sehr viel mehr Entlaubungsmittel wie "Agent Orange" versprüht als bislang vermutet. Bis zu fünf Millionen Menschen, so eine neue Studie, kamen mit den Giften in Kontakt. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-245224,00.html>

Die Mitteilung zu den neuen Agent Orange-Erkenntnissen in NATURE ist zu lesen

unter:<http://www.nature.com/nsu/030414/030414-10.html>

und/oder

Deutsches Ärzteblatt online 17.04.2003 : Im Vietnam-Krieg noch mehr Agent Orange versprüht als bekannt <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12353>

Der Nature-Artikel und 4 weitere Artikel zu Agent Orange koennen von mir als attachment-dateien zur privaten Verwendung angefordert werden

=====

LAERM

28. 04. 2003: **Tag gegen Lärm: Umweltverbände schlagen Alarm. Unterschätzte Gefahr: Verkehrslärm als Umweltplage**

Berlin (ots) - Anlässlich des Internationalen Tags gegen Lärm haben der Verkehrsclub Deutschland (VCD) und der Bund für Umwelt und

Naturschutz Deutschland (BUND) heute in Berlin wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Verkehrslärms angemahnt. Obwohl sich in Deutschland

weit über die Hälfte aller Menschen vom Straßenverkehrslärm belästigt fühlten, gebe es nach Ansicht der beiden Umweltverbände zu wenig

Aufmerksamkeit für das Thema und eine mangelhafte Aufklärung über die krankmachenden Folgen des Lärms. Michael Gehrmann,

VCD-Bundesvorsitzender: "Verkehrslärm ist eine stark unterschätzte Gefahr. Dabei ist er für viele Menschen inzwischen Umweltplage Nummer

eins. Allein in Deutschland haben rund 15 Millionen Menschen ein erhöhtes Herzinfarktrisiko, da sie dauerhaft an zu lauten Straßen

oder Schienen leben müssen.

Weitere negative Folgen sind permanente Müdigkeit, Konzentrationsschwäche und die

Beeinträchtigung des allgemeinen Wohlbefindens. Wir brauchen deshalb dringend wirksame Maßnahmen gegen den Lärm." BUND und VCD fordern deshalb in Städten und Ortschaften eine

weitgehende Beschränkung auf Tempo 30 sowie ein generelles Nachtfahrverbot für LKW. Auf Autobahnen sollten in Siedlungsnähe Tempolimits von maximal 100 km/h für PKW und 60 km/h für LKW gelten.

Zudem müsse der Einsatz von lärmarmen Straßenbelägen und Reifen gefördert werden. Dringend notwendig sei auch die Verbesserung der Rechtslage. Tilmann Heuser, Verkehrsexperte des BUND: "Die Rechtlosigkeit der Lärmbetroffenen an vorhandenen Straßen und Schienen muss endlich

beendet werden. Deshalb muss die Regierung einen Rechtsanspruch auf Lärmsanierung schaffen. Außerdem müssen die entsprechenden Finanzmittel zur Lärmsanierung aufgestockt werden. Zusatzkosten sind den Verursachern anzulasten." Beim Flugverkehr bestehe ebenso dringender Handlungsbedarf. VCD und BUND setzen sich deshalb für eine zügige Novellierung des Fluglärmsgesetzes ein, die den Lärmschutz für betroffene Anwohner deutlich verbessert. Gleichzeitig müssten deutschlandweit einheitliche Start- und Landegebühren entsprechend der Lärm- und Schadstoffwerte erhoben werden. Die zusätzlichen Einnahmen müssten den betroffenen Menschen und der Umwelt zugute kommen. Auch für die Bahn sei Schienenlärm die umweltpolitische Achillesferse. Deshalb seien hier deutlich mehr Mittel bei der Lärmsanierung entlang besonders lauter Strecken zu investieren. Ebenso müsse die Umrüstung der Waggons von lauten Grauguss- auf leisere Verbundstoff-Klotzbremsen im Rahmen des

Lärmsanierungsprogrammes des Bundes finanziell unterstützt werden.

Gehrmann: "Sinnvolle Lärmbekämpfung muss an der Quelle ansetzen. Und da sind alle gefragt: die Politik, die Industrie und nicht zuletzt jeder einzelne Verkehrsteilnehmer. Denn beim Lärm ist fast jeder Opfer und Täter zugleich."

ots Originaltext: BUND

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung.
[/story.htx?firmid=7666](http://www.presseportal.de/story.htx?nr=441687)

<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=441687>

Siehe auch weiter unten unter "Bayrisches Staatsministerium"

=====

RADIOAKTIVITAET

Aus der aktuellen Ausgabe des Strahlentelex - Nr.392-393, 17.Jahrgang, 1.Mai 2003

Irak-Krieg: Einsatz uranhaltiger Munition

Substantielle genetische Schäden und langfristige Gesundheitsrisiken durch DU-Geschosse Zwölf Jahre nach dem erstmaligen Einsatz von abgereichertem Uran (Depleted Uranium, DU) in panzerbrechenden Geschossen im ersten Golfkrieg, haben die Armeen der USA und Großbritanniens diesen Waffentyp jetzt erneut eingesetzt. Im Golfkrieg von 1991 war es zu Panzerschlachten entlang der Grenzen zu Kuwait gekommen. Diesmal gab es offenbar zwar weniger Panzer-Gefechte, allerdings lag der Schwerpunkt der militärischen Auseinandersetzungen entlang der Versorgungslinien nach Bagdad und in die Stadt hinein. Diese Strecken führen durch städtische Gebiete, was die Gefahr einer Belastung durch toxische Uranpartikel für die dort lebenden Menschen erhöht

..

Die neue Strahlenschutzverordnung:

"Uneingeschränkte Freigabe" von Atommüll nach der deutschen Strahlenschutzverordnung ist eingeschränkte Sicherheit für die Anwohner

Die deutsche Strahlenschutzverordnung ist sehr viel schlechter als die europäischen Empfehlungen vorgeben. In der deutschen Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) ist der beunruhigendste Punkt bei der Behandlung des Atommülls die sogenannte uneingeschränkte Freigabe von radioaktiv kontaminierten flüssigen und festen Materialien. Uneingeschränkte Freigabe bedeutet, daß bei Unterschreitung einer in der Strahlenschutzverordnung für viele Isotope angegebenen Konzentrationsschwelle der spezifischen Aktivität (angegeben in Bequerel pro Gramm, Bq/g) der Antragsteller ohne jegliche Auflage mit den derart freigegebenen Materialien machen kann, was er will. Es erfolgt keinerlei Buchführung über den weiteren Verbleib. Uneingeschränkt freigegebene Materialien können auch auf Mülldeponien landen und dort zu einer nicht registrierten Erhöhung der Strahlenbelastung führen. Damit stimmen dann die Risikoabschätzungen für die anwohnende Bevölkerung nicht mehr. Die EURATOM-Richtlinie von 1996, an der sich die im Jahre 2001 neu formulierte deutsche Strahlenschutzverordnung orientiert, enthält selbst keine konkreten Zahlenwerte zur unbegrenzten Freigabe. Es gibt aber aus der Reihe Strahlenschutz (Radiation Protection) der Europäischen Kommission in Band 122 Empfehlungen, die diesen Punkt betreffen. Vergleicht man diese Werte mit den in der deutschen Strahlenschutzverordnung angegebenen Werten, so gibt es zum Teil erhebliche Abweichungen. Beim Vergleich findet man, daß die deutsche Strahlenschutzverordnung 10-, 100- und sogar 1.000-fach schlechter ist als die EU vorgibt. ...

..

Gratulation: Wolfgang Köhnlein 70. Am 1. Mai dieses Jahres feiert Professor Dr. Wolfgang

Köhnlein, Gründungsmitglied und früherer Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, seinen 70. Geburtstag.

Elbmarsch-Leukämien: Darf Epidemiologie Ergebnisse liefern?

Die Norddeutsche Leukämie- und Lymphomstudie ist kein Beitrag zur Ursachenforschung für die Leukämie bei den Kindern in der Elbmarsch. Am 15. April 2003 wurden der Öffentlichkeit in Geesthacht von Wissenschaftlern und Landespolitikern aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Ergebnisse einer Studie vorgestellt, die über mehrere Jahre mit Spannung erwartet wurden. Es handelte sich um die Norddeutsche Lymphom- und Leukämiestudie (NLL-Studie), durchgeführt vom Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS). Anlaß für diese wohl umfangreichste und vermutlich auch teuerste deutsche Fall-Kontroll-Studie war die weltweit höchste Rate von Leukämieerkrankungen bei Kindern in der Elbmarsch in unmittelbarer Nähe zu dem Kernkraftwerk Krümmel und dem Kernforschungszentrum GKSS. So erwarteten die Bürger der Region, die im Geesthachter Rathaus erschienen waren, daß nun von großen Fortschritten bei der Aufklärung der Ursachen dieser tragischen Erkrankungen bei ihren Kindern berichtet werden würde. Sie wurden enttäuscht. Für Verwirrung sorgten in den Tagen davor verschiedene Presseerklärungen und Pressemeldungen, in denen über die Fertigstellung der Studie berichtet wurde. Aus dem Senat der Hansestadt Bremen verlautete: "BIPS: Entwarnung für das Kernkraftwerk Krümmel", im Hamburger Abendblatt: "Krümmel nicht Ursache für Leukämie", in der taz: "Forscher entlasten AKW Krümmel", in verschiedenen schleswig-holsteinischen Regionalzeitungen: "Leukämie: Freispruch für Krümmel", Hannoversche Allgemeine Zeitung: "Atomkraft nicht Ursache für Leukämie".

..

Strahlenwirkung: Schwache Röntgenstrahlung kann die Erbsubstanz nachhaltiger schädigen als angenommen

Das Reparatursystem versagt. Schwache Röntgenstrahlen können das Erbmolekül DNA nachhaltiger schädigen als bislang angenommen. Zwar greifen sie das Erbgut zunächst nicht so sehr an wie starke Strahlen, doch dafür können sich leicht beschädigte Zellen wesentlich schlechter regenerieren als stark beschädigte. Das folgt aus einer Studie von Biophysikern an der Universitätsklinik des Saarlandes in Homburg. ...

..

17 Jahre nach Tschernobyl: Bisher geheimgehaltenes Archivmaterial über das AKW Tschernobyl veröffentlicht

Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat unmittelbar vor dem 17. Jahrestag der Havarie im Atomkraftwerk Tschernobyl auf seiner Internetseite 121 Dokumente aus dem Archiv des KGB in der Ukrainischen Sowjetischen Sozialistischen Republik aus der Zeit zwischen 1971 und 1988 veröffentlicht, die die Arbeiten am Atomkraftwerk Tschernobyl und die dortige Havarie vom 26. April 1986 dokumentieren: <http://www.sbu.gov.ua>

..

Atompolitik: Der Reaktor in Garching darf unter Auflagen in Betrieb gehen

Das Bundesumweltministerium hat am 15. April 2003 festgelegt, daß der Forschungsreaktor der Technischen Universität München (FRM-II) in Garching unter Auflagen seinen Betrieb aufnehmen darf. Das bayerische Umweltministerium darf demnach den Betrieb genehmigen, wenn die von Bundesumweltminister Jürgen Trittin gestellten Bedingungen erfüllt werden. So soll der Reaktor spätestens 2010 auf nicht mehr atomwaffentauglichen Brennstoff umgerüstet werden.

Tschernobyl-Folgen: Auch in Deutschland und anderen Ländern Europas starben nach Tschernobyl deutlich mehr Säuglinge, gab es mehr Fehlbildungen und Totgeburten

Die Studien von Alfred Körblein, Hagen Scherb und Eveline Weigelt sind jetzt in den Otto-Hug-Berichten der Gesellschaft für Strahlenschutz erschienen. Neu!
Zum 17. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe ist jetzt der Otto-Hug-Bericht Nr. 24 der Gesellschaft für Strahlenschutz mit zwei bemerkenswerten Arbeiten erschienen. Die Autoren befassen sich seit vielen Jahren mit statistischen Untersuchungen epidemiologischer Fragestellungen und haben viel dazu publiziert. Ihre fachliche Kompetenz kann man vernünftigerweise nicht in Frage stellen. Nun haben sie sich aber Themen zugewandt, von denen das Establishment der deutschen Epidemiologen und Strahlenmediziner/-biologen/-physiker bisher die Meinung vertreten hat, daß es nicht sinnvoll ist, diese Themen zu bearbeiten, weil es gar nicht möglich sei, dabei etwas Vernünftiges herauszubekommen. Es geht um die Untersuchung von Veränderungen in den Daten der Säuglingssterblichkeit, der Totgeburten und Fehlbildungen in Bayern, Deutschland und verschiedenen europäischen Regionen nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl im April 1986. Vorwort, Abstracts,

Zusammenfassung und Bestellung über <http://www.strahlentelex.de/Buecher.htm>
Weitere Informationen: <http://www.strahlentelex.de>

Kommentar Scherrmann: Im Strahlentelex gibts immer hervorragende aktuellste Informationen. Die Artikel sind auch fuer Laien verstaendlich geschrieben.

Vom Umweltinstitut München e.V.

Am Samstag, den 26. April jährt sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum 17. Mal.
Das Umweltinstitut München e.V. hat seine Studien zu den Folgen des bislang größten Unfalls in der Geschichte der Atomenergienutzung zusammengefasst. Sie werden aktuell zum Tschernobyl-Jahrestag vom Otto-Hug-Strahleninstitut veröffentlicht. Die Studien ergeben einen zeitlichen Zusammenhang zwischen radioaktiver Belastung der Schwangeren und Erhöhung der Sterblichkeit von Neugeborenen in Deutschland, Polen, der Ukraine und Weißrussland nach Tschernobyl. Unsere Pressemitteilung hierzu: <http://www.umweltinstitut.org/frames/allg/press/20030423.htm>

Die bislang umfangreichste Fall-Kontroll-Studie zu Leukämie und bösartigen Lymphomen in Norddeutschland wurde vom Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) durchgeführt und kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt mit dem Ergebnis, dass Atommeiler nicht Auslöser für Leukämie seien. Das Umweltinstitut München e.V. weist darauf hin, dass aus der neuen Bremer Studie genau das Gegenteil hervorgeht.

Unsere Pressemitteilung hierzu: <http://www.umweltinstitut.org/frames/allg/press/20030422.htm>

=====
RECHT

Technische Regeln für Gefahrstoffe; TRGS 900; Grenzwerte in der Luft am Arbeitsplatz
„Luftgrenzwerte“
<http://www.umweltdigital.de>

=====
POLITIK - BEHOERDEN

=====
POLITIK

**"Fairer Wettbewerb zwischen Bahn und Flugzeug" / Umweltminister Jürgen Trittin fürchtet
schädliche Verlagerung des Verkehrs von der
Schiene in die Luft / Subventionsabbau beim Flugverkehr**

Hamburg (ots) - Weil Billigflieger der Bahn zunehmend Konkurrenz machen, will Bundesumweltminister Jürgen Trittin für fairen Wettbewerb zwischen Bahn und Flugzeug sorgen, sagte er im neuen GREENPEACE MAGAZIN: "Die Steuergeschenke für den Luftverkehr sind ein alter Subventionszopf, den es abzuschneiden gilt." So soll etwa die Mehrwertsteuerbefreiung für innerdeutsche Flüge und ins europäische Ausland aufgehoben werden. Zugleich will Trittin sich weiter für eine europaweit einheitliche Kerosinsteuer stark machen. Weil der Wettbewerb zwischen Bahn und Flugzeug vor allem über den Preis laufe, solle bei der Bahn zugleich der Mehrwertsteuersatz gesenkt werden. Während Bahnkunden für eine Fahrkarte im Fernverkehr zur Zeit noch den vollen Mehrwertsteuersatz zahlten, werde durch die Steuernovelle "der Satz auf sieben Prozent reduziert", erklärte Trittin. Trotz sparsamerer und leiserer Motoren sei der Flugverkehr eine der schnellst wachsenden Quellen von Treibhausgasen und atmosphärischen Schadstoffen, warnte der Minister im Interview. Auch moderne Flugzeuge erzielten im Vergleich zu Pkws nur gute Verbrauchswerte, wenn sie "bis zum letzten Platz besetzt sind und lange Strecken fliegen". Im Hinblick auf die Umweltbelastung könnten

aber "weder Auto noch Flugzeug mit der Bahn konkurrieren".

Zur Frage, wie die Bahn wieder mehr Kunden gewinnen könne, sagte der Umweltminister, sie könne "sicher noch etwas kundenfreundlicher werden." Die Billig-Airlines seien aber in Hinblick auf Pünktlichkeit, Service und Durchschaubarkeit der Preissysteme "kein Vorbild". "Dagegen ist die Bahn transparent und zuverlässig", so Trittin.

<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=442227>

ots Originaltext: GREENPEACE MAGAZIN

URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Achtung Redaktionen: Den Interview-Wortlaut erhalten Sie bei GREENPEACE MAGAZIN-Redakteur Michael Friedrich, Tel.: 040/30618 219. Informationen zur Klimabelastung durch den Flugverkehr gibt Greenpeace-Experte Karsten Smid, Tel.: 040 / 30618 388; mobil: 0171/878 0821

siehe auch weiter unten unter UBA

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz

29. April 2003: **Tag gegen Lärm**

Görlitz: Lärm ist eine unterschätzte Gefahr für die Gesundheit - der richtige Umgang mit Lärm muss früh beginnen Auch Lärm macht krank. Das Bayerische Gesundheitsministerium setzt daher auf die verstärkte Aufklärung der Bevölkerung über die Auswirkungen von Lärm auf die eigene Gesundheit. Darauf wies Gesundheitsstaatssekretärin Erika Görlitz heute in München anlässlich des Tages gegen Lärm hin. "Besonders Jugendliche und junge Erwachsene setzen sich leider oft freiwillig sehr hohen Lärmpegeln aus. In Diskotheken, wie auch bei Scheunenfesten, herrschen Schallpegel, die schon nach einigen Minuten eine Hörschädigung verursachen können", mahnte Görlitz. Zur Aufklärung der Jugendlichen hierzu startet das Gesundheitsministerium eine Aktion in den Sommermonaten. Auch das lange und überlaute Musikhören mit Kopfhörern belastet das Ohr in gesundheitlich bedenklichem Maß. Chronisch einwirkender Lärm könne zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nervosität und Abnahme der Konzentrationsfähigkeit und Schlafstörungen führen.

Nicht nur Eltern, sondern auch Kinder sind Görlitz zufolge schon früh auf spielerische Weise an das Thema Lärm heranzuführen. Wir müssen dafür

sensibilisieren, dem leichtfertigen oder mutwilligen Umgang mit Lärm kritisch zu begegnen", betonte die Staatssekretärin. Ideale Hilfe hierfür

ist das Projekt "Schule des Hörens für Kinder", das allen Kindergärten und neuerdings allen ersten und zweiten Klassen der Grundschulen zur Verfügung

steht. Mit Geschichten um Olli Ohrwurm, dem Ohrhöhlenforscher, und seinen Freunden Lola Laut und Leo Leise, mit Klangspielen und Hörübungen werden

Kinder für gesundheitsförderliches Verhalten rund ums Hören sensibilisiert.

Die Materialien wurden im Auftrag des bayerischen Gesundheitsministeriums entwickelt.

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

16.04.2003 **Acrylamid in Lebensmitteln: Erste Erfolge, aber kein Durchbruch**

BfR zieht nach einem Jahr eine erste Bilanz aus Sicht der Risikobewertung

Erste Erfolge sind zu verzeichnen, aber Entwarnung kann nicht gegeben werden - so stellt sich die

Acrylamid-Situation heute für die Risikobewerter des BfR dar, ein Jahr nachdem die Schwedische Behörde für Lebensmittelsicherheit (NFA) auf die zum Teil hohe Belastung von Lebensmitteln mit

Acrylamid hingewiesen hat. Weitgehend gelöst ist die Frage der Analytik, seine Erfahrungen bringt das Bundesinstitut für Risikobewertung derzeit auf europäischer Ebene ein. In einigen Bereichen

konnten die Acrylamidgehalte gesenkt werden. Signifikante und nachhaltige Trends lassen sich aber aus den vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit öffentlich zur Verfügung

gestellten Daten noch nicht ablesen. Dass große Anstrengungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden, aber auch vom Verbraucher notwendig sein würden, um das Verbraucherrisiko durch

Acrylamid in Lebensmitteln zu minimieren, war angesichts der Komplexität und des Ausmaßes des Problems früh klar. Dennoch wären aus Sicht der Risikobewertung größere Erfolge wünschenswert

gewesen. Die Forderung nach weiterer deutlicher Reduzierung der Acrylamidgehalte in Lebensmitteln bleibt damit uneingeschränkt bestehen.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung stuft das Vorkommen von Acrylamid in Lebensmitteln nach wie vor als ernstzunehmendes gesundheitliches Risiko für den Menschen ein. Es ist anzunehmen, dass die Substanz auch beim Menschen Krebs auslösen und das Erbgut schädigen kann. Die Aussagekraft einer Anfang dieses Jahres im British Journal of Cancer veröffentlichten neuen Studie aus Schweden, die keinen Zusammenhang zwischen der Aufnahme von Acrylamid und einem Anstieg bestimmter Tumorraten nachweisen konnte, ist auch aus Sicht des BfR nicht ausreichend für eine Entwarnung. Aus der "Giftigkeit" der Substanz, ihrem Vorkommen in einer Vielzahl von Lebensmitteln und damit hoher Exposition, resultiert ein vergleichsweise großes gesundheitliches Risiko für den Verbraucher. Die Tatsache, dass der Mensch möglicherweise seit sehr langer Zeit hohe Mengen an Acrylamid über Lebensmittel aufgenommen hat, schmälert die Bedeutung des Problems nicht, sondern macht aus Sicht des Instituts erst recht eine rasche Lösung erforderlich. Das Institut wiederholt deshalb seine Forderung, die Gehalte in Lebensmitteln so weit und so schnell wie möglich zu senken.

Positiv zu bewerten ist, dass in den letzten zwölf Monaten wesentliche Mechanismen bekannt wurden, die zur Bildung von Acrylamid beitragen und die Ansatzpunkte für eine Reduzierung der Belastung, z.B. über technologische Änderungen, bieten. So wird beispielsweise aus Baden-Württemberg über Minimierungserfolge bei der Herstellung von Pommes Frites in der Gastronomie berichtet. Mit Hilfe einer ihnen zur Verfügung gestellten Farbskala beeinflussten die Betriebe den Bräunungsgrad und konnten damit die Acrylamidgehalte senken. Auch einzelne Hersteller berichten über erfolgreiche Minimierungsmaßnahmen.

Ein den Erfolg limitierender Faktor ist die Tatsache, dass die Kartoffel selbst "Lieferant" von Acrylamid ist. Über die Auswahl der Kartoffelsorte und geänderte Lagerungsbedingungen lassen sich die Gehalte im Endprodukt zwar beeinflussen, aber nicht ganz vermeiden.

Ein anderer Problembereich ist der private Haushalt. Eine Stichprobenuntersuchung des Bundesinstituts für Risikobewertung unter mehr als 1.000 durchschnittlich 16jährigen Schülern in Berlin hat gezeigt, dass mehr als 20 % des täglich durchschnittlich aus Lebensmitteln aufgenommenen Acrylamids aus Bratkartoffeln (7 %) und getoastetem Brot (15 %) stammt. Tipps, wie die Bildung von Acrylamid im Haushalt reduziert werden kann, enthält der Flyer "Acrylamid - Wie Sie sich und Ihre Familie schützen können" den das Verbraucherschutzministerium gemeinsam mit dem aid infodienst, Bonn, herausgegeben hat. Inwieweit Information und Aufklärung über die Problemsubstanz den Bürger aber tatsächlich erreicht und ihn zu einer Änderung seines Verhaltens bewegen haben, lässt sich nur schwer einschätzen. Sowohl im industriellen als auch im privaten Bereich sind deshalb weiterhin erhebliche Anstrengungen nötig, um das aus Lebensmitteln resultierende Verbraucherrisiko zu minimieren.

Externe Links:

- Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)
- Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
- Was wir essen (AID-Homepage)

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Berlin, den 30.04.2003 **Abschied von der Wegwerfgesellschaft**

Auf der Internetseite <http://www.nachhaltig.org> stellt das Umweltbundesamt (UBA) unter dem Logo KONI Ideen, Projekte und konkrete Umsetzungsstrategien vor, die alle das selbe Ziel verbindet: Die Entwicklung unserer Gesellschaft von einer Ressourcen verschwendenden Wegwerfgesellschaft hin zu einer Gesellschaft, die Ressourcen nachhaltig, also dauerhaft umweltgerecht nutzt. Damit bleibt die Lebensgrundlage fuer kuenftige Generationen gewahrt. Die vorgestellten Projekte sind Teil des vom Bundesforschungsministerium (BMBF) gefoerderten Schwerpunktes „Moeglichkeiten und Grenzen neuer Nutzungsstrategien, regionale Ansaetze“. Sie sollen vor allem praktische Moeglichkeiten aufzeigen, sich Ressourcen schonend zu verhalten - etwa durch laengere Produktnutzungszeiten oder durch Gemeinschaftsnutzungen von Geraeten in lokalen Netzwerken. Das BMBF foerdert in neun Projektverbunden mit insgesamt 20 Vorhaben die Entwicklung und praktische Erprobung solcher Moeglichkeiten.

Umweltgerechtes Konsumverhalten ist vor allem darauf angewiesen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher konkrete Handlungsalternativen erkennen und nutzen koennen. Deshalb bauen die Projekte insbesondere regionale, produkt- oder nutzungspezifische Netzwerke und Kooperationen

auf. Beispiel ist ein Dienstleistungszentrum in Nordrhein-Westfalen, das - angeschlossen an die Verbraucherzentrale - unter anderem eine Datenbank aufbaut, durch die Angebot und Nachfrage - etwa im Heimwerkerbereich - zusammen gebracht werden. Ein weiteres Beispiel ist ein Zusammenschluss mehrerer Anbieter in Heidelberg, die Rabatte auf Kauf und Nutzung nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen gewahren.

Das UBA koordiniert diese und andere Projekte sowie die wissenschaftliche Begleitforschung im Auftrag des BMBF.

Ansprechpartnerinnen: Vera Rabelt, Tel.: 030 8903-2119, Dr. Kati Blaudzun, Tel.: 030 8903-2068.
Koordination Nutzungsintensivierung - KONI, Umweltbundesamt, Bismarckplatz 1, 14193
Berlin, e-Mail: koni@uba.de <http://www.nachhaltig.org>

Berlin, den 17.04.2003: **Flugverkehr - Subventionen ohne Ende?**

Umweltbundesamt empfiehlt: Airlines die Umweltbelastungen in Rechnung stellen

Der Flugverkehr belastet die Umwelt. Zugleich profitiert er erheblich von direkten und indirekten Subventionen fuer Fluggesellschaften, Flughafeen und Flugzeugindustrie. Zusammen mit der fehlenden Anlastung externer Umweltkosten fuehrt dies zu Preisen im Flugverkehr, die nicht annaehernd den wirklichen Kosten entsprechen. Die Lasten muss die Allgemeinheit tragen. Dies zeigt eine Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA). „Ausgerechnet der Verkehrstraeger, der die Umwelt am meisten mit Schadstoffen und Laerm belastet, wird am hoechsten subventioniert. Das verstoeßt nicht nur gegen das Verursacherprinzip, sondern gibt auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern das falsche Signal“, kommentierte der Praesident des UBA, Prof. Dr. Andreas Troge, die Ergebnisse der Studie. Er unterstuetzt die Ansaetze der EU, Kerosin nicht laenger von der Mineraloelsteuer auszunehmen. Gleichzeitig bedauert Troge, dass der Bundesrat die von der Bundesregierung und dem Bundestag beschlossene Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung fuer Fluege ins europaeische Ausland ablehnt. Darueber hinaus schlaegt der UBA-Praesident vor, die Treibhausgas-, Laerm- und Schadstoff-Emissionen des Flugverkehrs nach ihrer Hoehe gestaffelt mit einer Abgabe zu belegen. „Damit koennten die klimaschaedlichen Kohlendioxid- und Stickoxid-Emissionen der Flugzeuge deutlich gesenkt werden“, so Troge. Forderungen einzelner Fluggesellschaften, wegen kurzzeitig sinkender Passagierzahlen weitere Subventionen zu erhalten, haelt der UBA-Praesident fuer nicht gerechtfertigt.

Mit jaehrlichen Wachstumsraten von rund fuenf Prozent waechst der Flugverkehr schneller als alle anderen Verkehrsarten. Ereignisse - wie der Irak-Krieg oder die Lungenkrankheit SARS - bremsen diesen Trend nur kurzzeitig. Damit nehmen - durch Laerm und Schadstoffe - auch Umweltbelastungen an Flughafeen zu. Hinzu kommen die Auswirkungen auf das Klima durch die Emission von Treibhausgasen und Wasserdampf. Gleichwohl wird der Flugverkehr erheblich subventioniert.

Das niederlaendische Forschungsinstitut CE Solutions for Environment, Economy and Technology (CE) untersuchte zusammen mit dem Deutschen Institut fuer Wirtschaftsforschung (DIW) und weiteren Wissenschaftlern Art und Umfang der Subventionen. Die UBA-Studie analysiert in ausgewaehlten Fallstudien die Subventionspraxis - fuer Fluggesellschaften, Flughafeen und Flugzeugindustrie - in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. Schwerpunkte sind:

- die direkten Beihilfen fuer drei in diesen Laendern ansaessige Fluggesellschaften;
- die Befreiung von der Mehrwertsteuer auf internationale Fluege sowie
- die fehlende Besteuerung des Kerosins.

Auch die Verguenstigungen aus dem mehrwertsteuerfreien Verkauf von Waren in Flugzeugen sowie Duty-Free-Shops in den Flughafeen werden betrachtet. Flughafeen erhalten Steuerbefreiungen sowie direkte Subventionen, vor allem fuer Investitionen in die Infrastruktur. Eine Analyse der oeffentlichen Infrastruktur-Investitionen fuer die 17 deutschen Verkehrsflughafeen, die Luftverkehrsueberwachung und die meteorologischen Dienste (Deutscher Wetterdienst, DWD) ergab, dass deren Einnahmen die Kosten nicht decken.

Der Flughafen Schiphol wird zudem indirekt subventioniert. Er zahlte bis 2001 weder Koerperschaft- noch Grundsteuer und sparte somit jaehrlich mehrere Millionen Euro Steuern. Seit 2002 muss Schiphol zumindest Koerperschaftsteuer zahlen.

Flughafeen profitieren auch erheblich von der Anbindung an das Schienen- und Straßennetz, die aus

oeffentlichen Mitteln finanziert sind.

Die Flugzeugindustrie wird hauptsaechlich durch direkte Beihilfen subventioniert. Fuer die Entwicklung und den Bau des Airbus wurden der Airbus-Gesellschaft von 1970 bis 2000 nach vorsichtiger Schaetzung zwischen 30 und 35 Milliarden Euro staatliche Zuschuesse gewaehrt, das entspricht zwischen 11 und 13 Prozent des gesamten Umsatzes. Nicht beruecksichtigt sind dabei die an die annaehrend 1.500 Zulieferunternehmen geflossenen Gelder. Zudem profitiert die Flugzeugindustrie von hohen steuerlichen Abschreibungen. Sie betragen bis zu 20 Prozent pro Jahr.

Indirekte Subventionen in Form von Steuerverguenstigungen spielen eine deutlich groeßere Rolle als direkte Beihilfen. Langstreckenfluege mit Start oder Ziel außerhalb der EU profitieren am meisten von diesen Verguenstigungen: Diese Fluege sind befreit von der Mehrwertsteuer, weisen bei den Gesamtkosten einen deutlich hoeheren Anteil an (unbesteuerten) Treibstoffkosten auf und ermoeeglichen den Passagieren steuerfreies Einkaufen.

Die Studie „Financial Support to the Aviation Sector“ wird in Kuerze in englischer Sprache in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes erscheinen. Sie wird 7,50 Euro kosten und bei Werbung und Vertrieb, Ahornstraße 1 - 2, 10787 Berlin, Telefon 030/2 11 60 61, Fax: 2 18 13 79, erhaeltlich sein.

Kommentar Scherrmann: Endlich nimmt sich eine Behoerde dieser Problematik an!

=====

Ende des newsletter/d/46

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden. Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

=====

Ende des newsletter/d/46

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt